



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nochmals die Getreidezölle und die Notlage der östlichen Provinzen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Orleans, St. Quentin, Belfort u. s. w. gegenüberstanden, und gewiß gehört eine große Verworfenheit dazu, in Deutschland „geflissentlich“ die Meinung zu verbreiten, daß Frankreich nur auf eine günstige Gelegenheit zum Kriege warte. Es ist ja richtig, daß von dem letzten Journalisten bis zu den ersten Ministern jedermann eine Sprache führt, die auf solche Absicht hinzudeuten scheint, allein derartige Scherze darf man doch ebenso wenig ernst nehmen wie die furchtbaren Rüstungen!

Wer doch auch so glücklich wäre, zum „Volke“ zu gehören, d. h. zu den Wählern, die mit Stolz Staatsmänner wie Richter und Bebel ihre Vertreter nennen dürfen!



Nochmals die Getreidezölle und die Notlage der östlichen Provinzen



Unsre in Nr. 26 der Grenzboten veröffentlichte Abhandlung „Ostpreußen und die Getreidezölle“ hat die verschiedenartigste Beurteilung gefunden und, wie bei der Objektivität unsrer Darstellung zu erwarten war, kaum einer Partei genügt. Der geführte Beweis, daß die geforderte Aufhebung des Identitätsnachweises ein Truggebilde ist, dessen Verwirklichung unmöglich erscheint, befriedigt weder die Agrarier noch die Freihandelsleute der Seestädte, und unsre Vorschläge zur Beseitigung der unbestrittenen Notlage der ostdeutschen Landwirtschaft haben ebenfalls Anfeindungen erlitten. Auf eine Ermäßigung des Roggenzollens wollen die Agrarier, auf eine Erhöhung des Weizenzollens alle übrigen Parteien nicht eingehen. Die Sozialdemokraten fordern Abschaffung aller Getreide- und Nahrungsmittelzölle, und in dem jetzt tagenden Reichstage sind die lebhaftesten Verhandlungen betreffs der Kornzölle zu erwarten. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Herr von Malzbahn-Gülz, hat bereits bei der ersten Beratung des Etats erklärt, daß die Kornzölle im laufenden Etatsjahre die hohe Summe von siebenzig bis achtzig Millionen Mark einbringen würden, und nicht bloß die Reichstagsabgeordneten, sondern alle Politiker sind von der volkswirtschaftlichen und finanziellen Bedeutung gerade dieser Zölle jetzt noch mehr als früher überzeugt. Das finanzielle Ergebnis wird die Erwartungen des Herrn von Malzbahn im laufenden Etatsjahre noch bedeutend übertreffen, da er die völlige Miß-

ernte großer Gebiete der östlichen Provinzen noch nicht kennt und gegenwärtig noch nicht kennen kann. Wäre insbesondere in Ost- und Westpreußen die Kartoffelernte nicht so ungewöhnlich günstig ausgefallen, wie sie es in Wirklichkeit ist, dann wäre, wie in Galizien, in großen Teilen der genannten beiden Provinzen ein Notstand zu erwarten, zu dessen Beseitigung Staatshilfe eintreten müßte. Die Provinzen werden nicht nur kein Getreide ausführen, sondern — erst im nächsten Frühjahr wird Mangel und Not hervortreten — bedeutende Getreidemassen einführen, und da sich auch die übrigen östlichen Provinzen in ähnlicher Lage befinden, so wird sich die Einfuhr nicht, wie Freiherr von Malzahn annimmt, in den nächsten Monaten verringern, sondern sie wird sich erhöhen und der Ertrag der Kornzölle sich einer Gesamtsumme von hundert Millionen Mark nähern. Allein an Roggen beträgt nach einer uns vorliegenden Nachweisung die monatliche Einfuhr über eine Million Zentner, und wir glauben nicht fehl zu greifen, wenn wir die im Etatsjahre zu erwartende Roggeneinfuhr auf 15 Millionen Zentner oder $7\frac{1}{2}$ Millionen Doppelzentner (Kilogramm) mit einem Zolle von $5 \times 7\frac{1}{2}$ gleich $37\frac{1}{2}$ Millionen Mark anschlagen. Trotz dieser riesigen Einfuhr bleibt der Preis des Roggens hoch, verhältnismäßig höher als der Preis des Weizens. Denn in den an der Ostsee gelegenen Handelsstädten werden gegenwärtig für je 1000 Kilogramm Weizen 175, für Roggen 160 Mark bezahlt, während das richtige Verhältnis 175 und 150 Mark betragen dürfte. Diese Erscheinung beruht darauf, daß der in den östlichen Provinzen erzeugte Roggen zur Ernährung der eignen Bevölkerung kaum ausreicht, und daß dort Roggen mehr als Weizen begehrt wird. Die östlichen Provinzen haben stets Überfluß an Weizen, aber oft Mangel an Roggen. Im Westen, namentlich in den Handelsstädten Köln und Mannheim, gestalten sich die Preisverhältnisse anders, stets zu Gunsten des Weizens, wie denn gegenwärtig dort für Weizen 193, für Roggen 163 Mark bezahlt werden, weil dort ein größerer Begehrt nach Weizen ist. Durch die Zollgesetzgebung muß dafür gesorgt werden, daß der stets und alljährlich vorhandne Weizenüberschuß des deutschen Ostens nach dem Westen geschafft wird. Aber die Erhöhung des Weizenzolles allein würde wiederum nur dem Westen, nicht dem Osten helfen. Nur die gleichzeitige Ermäßigung der Eisenbahngetreidetarife würde den Osten in den Stand setzen, seinen Weizenüberschuß nach dem Westen zu schaffen und dort den Wettbewerb des fremdländischen Weizens zu überwinden. Wird ferner erwogen, daß Roggen das Nahrungsmittel der arbeitenden und armen Bevölkerung, Weizen aber vorherrschend das Nahrungsmittel der wohlhabenden Klassen ist, so dürfte unser Vorschlag, den Roggenzoll um fünfzig Pfennige für den Doppelzentner zu ermäßigen und den Weizenzoll um zwei Mark zu erhöhen, wohl gerechtfertigt erscheinen. Man erhebe auch nicht den Einwand, daß der Roggenbau mit gleichen Kosten wie der Weizenbau verbunden sei. Der preußische Finanz-

minister kann und wird beweisen, daß in allen Provinzen Preußens bei der Grundsteuerveranlagung der Roggenboden sehr niedrig, bis zu dreißig Pfennigen für den Morgen, der Weizenboden sehr hoch, bis zu 1500 Pfennigen für den Morgen Reinertrag veranlagt, der Roggenboden daher mit sehr niedriger, der Weizenboden mit sehr hoher Grundsteuer und mit allen an die Grundsteuer sich anschließenden Abgaben belastet ist. Diesen Thatsachen gegenüber erachten wir die gleiche Verzollung des Weizens und des Roggens mit fünf Mark für den Doppelzentner für ungerechtfertigt. Auch den Einwand möchten wir beseitigen, daß wir Plusmacherei treiben, d. h. die Staatsfinanzen erhöhen wollten. Unsere bisherigen wahrheitsgetreuen Darlegungen dürften uns vor diesem Vorwurfe schützen. Bei Verwirklichung unsers Vorschlages würde der mutmaßliche Ausfall im Roggenzoll im laufenden Etatsjahre auf 50 Pfennige \times $7\frac{1}{2}$ Millionen, also $3\frac{3}{4}$ Millionen Mark, der mutmaßliche Mehrertrag im Weizenzoll im laufenden Etatsjahre wohl auf 2 Mark \times 3 Millionen, also 6 Millionen Mark anzuschlagen sein. Die Erhöhung des Weizenzolles wird aber die Einfuhr ausländischen Weizens bedeutend in der Zukunft beschränken und dann der nach unserm Vorschlage zu erwartende Mehrgewinn an Weizenzoll dem Verlust an Roggenzoll gleichkommen. Unser Vorschlag empfiehlt sich aber auch dadurch, daß durch die Erhöhung des Weizenzolles dem Westen Deutschlands geholfen wird. Auch die Landwirtschaft des deutschen Westens und Südens leidet unter den gegenwärtig bestehenden niedrigen Getreidepreisen noch immer, und diese Reichsteile würden durch Erhöhung des Weizenzolles wesentlich gewinnen.

Auch der zweite, schon in der frühern Abhandlung gemachte Vorschlag, die Eisenbahngetreidetarife zu ermäßigen, hat mehrfachen Widerspruch hervorgerufen. Man fürchtet insbesondre die Überschwemmung des Westens und Südens mit ostdeutschem Getreide. Diese Befürchtung trifft in keiner Weise zu. Der jetzige Getreidetarif beträgt, wie in der frühern Abhandlung nachgewiesen worden ist, bei dem Transport von Königsberg nach Köln nahezu die Summe des jetzigen Weizen- und Roggenzolles, nämlich fünf Mark für den Doppelzentner, wodurch jeder Transport unmöglich gemacht wird. Es ist kaum glaublich und es wird von uns auch nicht gefordert, daß der Tarif mehr als um die Hälfte verringert werde. Die Hälfte würde 2,50 Mark für den Doppelzentner, für zehn Doppelzentner oder tausend Kilogramm also 25 Mark betragen. Nun kosten gegenwärtig in Königsberg tausend Kilogramm Weizen 175, Roggen 160 Mark, in Köln dagegen 193 und 163 Mark. Der Königsberger Weizen würde daher bei der zu erwartenden äußersten Tarifermäßigung in Köln $175 + 25 = 200$, der Roggen sogar $160 + 25 = 185$ Mark kosten, beide Getreidearten in Köln also viel mehr als das dortige Getreide. Daß der teure ostdeutsche Roggen jemals auf der Bahn nach dem Westen transportirt werde, ist gar nicht zu erwarten. Auch bei dem gegenwärtig im Westen

herrschenden niedrigen Weizenpreise würde Weizen von Königsberg nach Köln auf der Eisenbahn nicht transportirt werden können. Wenn dieser Preis in Köln durch Erhöhung des Weizenzolles auf 210 oder noch höher stiege, dann wäre der Transport möglich, und dann wäre dem Osten und Westen gleichmäßig geholfen. Mit einer Getreideüberschwemmung des Westens ist dem Osten, so klug ist man hier, nicht gedient; man will hier nur, daß das ostdeutsche Getreide das ausländische Getreide aus dem Westen verdrängt und daß der Westen, wie man seine Industrieerzeugnisse im Osten annimmt, auch die Landesprodukte des Ostens annimmt, hier und dort aber hohe Preise gezahlt werden. Für die Tarifffrage ist andererseits immer und immer hervorzuheben, daß der Transport auf dem Wasserwege und zwar sowohl auf der See als auf Flüssen und Kanälen stets billiger als der Eisenbahntransport ist und bleiben wird, wenn auch die Bahntarife noch so sehr ermäßigt werden. Wer die Einfuhrlisten von Hamburg, Köln und Regensburg studirt, wird überrascht werden von der Masse des dort zu Wasser eingeführten ausländischen Getreides, wogegen die Einfuhr auf dem trocknen Wege entsprechend klein ist. Ebenso zeigen die Kanallisten von Bromberg, Eberswalde und Brandenburg, welche kolossalen Getreidemassen von Osten nach dem mittlern Deutschland, bis nach Sachsen hinein, bewegt werden. Alle diese großen Getreidetransporte werden auch nach Einführung niedrigster Eisenbahntarife nicht auf den Eisenbahnen, sondern auf den Wasserwegen stattfinden, und nur das Getreide wird und kann den Bahntransport wählen, das in größerer Entfernung von der Seeküste und in gleichmäßig großer Entfernung von schiffbaren Flüssen und Kanälen erzeugt wird. In den östlichen Provinzen giebt es derartige Gebiete in geringen Flächen, denn es handelt sich dabei nur um die östlichen und südlichen Kreise Ostpreußens, um einzelne Teile der Provinz Posen und um Oberschlesien, solange die bereits beabsichtigte Kanalisierung der obern Oder noch nicht ausgeführt ist. Diese verhältnismäßig geringfügigen Landesteile werden auch bei günstigster Ernte eine Überschwemmung des Westens mit ihrem Getreide nicht herbeizuführen imstande sein; die Überschwemmungsfurcht stellt sich nach allen Richtungen hin als unbegründet heraus. Man verzeihe aber, wenn wir an diese Erörterungen einen Vorwurf gegen die Körperschaften knüpfen, denen der Osten die Zurückweisung aller, auch der dringendsten, Anträge auf Ermäßigung der Eisenbahntarife zu danken hat, wir meinen die Bezirks- und Landeseisenbahnräte. Der Eisenbahnrat des Direktionsbezirks Bromberg hat in seiner letzten Sitzung vom 27. Juni d. J. die wiederholten Anträge auf Tarifiermäßigungen für Getreide abgelehnt, der Landeseisenbahnrat hat in seinen letzten Sitzungen vom 7. und 8. Dezember v. J. ganz gleiche ablehnende Beschlüsse gefaßt und wird in seiner nächsten Dezembersitzung jedenfalls gleiche Beschlüsse fassen. Ein andres, dem Osten günstigeres Verhalten ist bei diesen aus Interessenten bestehenden Körperschaften nicht zu erwarten. Schon in dem Bezirks-eisenbahnrate zu Bromberg

bilden die landwirtschaftlichen Abgeordneten die Minderzahl, die Mehrzahl besteht aus Industriellen und Kaufleuten, insbesondere aus Kaufleuten der Seestädte, die das Interesse haben, die Getreidepreise herabzudrücken und vor allem den Transport nach den Seestädten zu lenken, den Transport nach dem Westen aber zu erschweren und möglichst zu verhindern. Im Landeseisenbahnrate wird die der ostdeutschen Landwirtschaft günstige Minderheit noch weiter verringert, denn zu ihren Gegnern, den Kaufleuten und Industriellen, gesellen sich auch die Abgeordneten der westdeutschen Landwirte, die die Konkurrenz des Ostens fürchten. Soweit die Verhandlungen des Landeseisenbahnrates bekannt geworden sind, muß jeder nach näherer Erwägung die Gedanken zurückweisen, die in dieser aus hochgebildeten Personen bestehenden Körperschaft gegen die Ermäßigung der Getreidetarife vorgebracht werden. Man fürchtet die Überschwemmung des Westens mit dem ostdeutschen Getreide, aber eine genaue Berechnung, wie sich die Getreidepreise im Osten und Westen verhalten und wie sich die Transportkosten bei einer Tarifiermäßigung gestalten werden, wird nicht aufgestellt. Man fürchtet, daß insbesondere die großen östlichen Mühlen den Westen mit ihren Mühlenfabrikaten überschütten und die westlichen kleinen Mühlen erdrücken werden. Außer den Bromberger Mühlen, die ihre Fabrikate zu Wasser jetzt befördern und künftig befördern werden, sind im Osten große für den Westen gefährliche Mühlen kaum vorhanden. Wenn aber die Mühlenindustrie des Westens wirklich einen Schutz verlangt, so bestimme man doch die billigeren Eisenbahntarife nur für das Getreide und schließe die Mühlenfabrikate davon aus. Man fürchtet endlich, daß bei Tarifiermäßigungen auch ausländisches Getreide auf inländischen Bahnen befördert werden und dann sicher die befürchtete Überschwemmung herbeiführen werde. Aber man schließe doch das ausländische Getreide von dem billigen Eisenbahntransport aus und verlange Ursprungsatteste. Mit gutem Willen lassen sich alle diese Angelegenheiten leicht ordnen. Die Bestimmung der Eisenbahntarife ist, was wir auch an dieser Stelle hervorheben müssen, eine nicht bloß volkswirtschaftlich, sondern auch finanziell und politisch wichtige Angelegenheit, und gerade darum war die Verstaatlichung der Eisenbahnen eine Großthat des deutschen Reichskanzlers, die aber nur dann völlig segensreich wirken kann, wenn die Eisenbahntarife den berechtigten Interessen aller Landesteile entsprechen. Die berechtigten Interessen Ostdeutschlands sind oben dargestellt, wir halten die Zurückweisung der wiederholt bei den Eisenbahnräten auf Tarifiermäßigung gestellten Anträge für unbegründet und glauben und hoffen, daß es Mittel geben wird und muß, das notwendigste Nahrungsmittel, das Getreide, im ganzen deutschen Reiche eisenbahntransportfähig zu machen, was es jetzt nicht ist. Zunächst erscheint aber die Erhöhung des Weizenzolles notwendig, eine Forderung, der alle politischen Parteien zustimmen müssen, da sie alle die wohlhabenden Klassen höher besteuern wollen, und der Weizen das Nahrungsmittel dieser Klassen bildet. Eine

Reichseinkommensteuer ist eine Utopie gerade so wie die Aufhebung des Identitätsnachweises und, wie diese, unmöglich. Wenn unserm Vorschlage nicht beigetreten wird, so bleibt die wohlhabende Bevölkerung des Reiches auch bei den Getreidezöllen wie bei allen indirekten Steuern bevorzugt, die Reichen essen billigeres Brot als die Armen.



Das rauchfreie Pulver



Es ist etwa ein Jahr her, daß allgemein bekannt wurde, daß die französische Heeresleitung ein neues Geschosstreibmittel an Stelle des alten ehrwürdigen Schießpulvers nicht nur grundsätzlich angenommen, sondern auch eine ganze Kriegsausrüstung davon schon in den Zeughäusern aufgespeichert habe. Die merkwürdige Geheimthuerei mit dem neuen Pulver, die so weit ging, daß sogar von allen größeren Versuchen betreffs der Gebrauchsfähigkeit desselben Abstand genommen wurde, wurde von den französischen Blättern mit der Besorgnis erklärt, die große Erfindung an die Deutschen zu verraten oder ihnen Aufklärung über die voraussichtlichen Folgen der neuen Erscheinung zu geben. Im auffallendem Widerspruch damit berichteten dieselben Zeitungen uns aber auch über die Eigenschaften des poudre B, das den Anfangsbuchstaben des Namens Boulanger trägt, obgleich es von dem Ingenieur Vieille erfunden ist. So sagte l'Avenir militaire: Elle (la nouvelle poudre) ne donne qu'une très légère vapeur, bleuâtre invisible à une distance un peu grande, et le bruit de sa détonation est également affaibli. Aus dieser Erklärung zog man nun allgemein den Schluß, das neue Pulver sei annähernd rauch- und knallfrei, und man kann sagen, daß daraufhin durch die ganze Welt, nicht nur durch den militärischen Teil derselben, eine Bewegung ging. Das Volksleben hängt in dem eisernen Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht zu sehr mit allen militärischen Einrichtungen zusammen, als daß es unberührt bleiben sollte, wenn diese eine stärkere Umwälzung erfahren. Daher konnten sich nur wenige Tagesblätter von der Erörterung der Folgen der Einführung des rauchfreien Pulvers ausschließen. Allgemein beurteilte man sie für sehr einflußreich und hielt sie für um so furchtbarer, als genaueres über die wirklich vorhandenen Eigenschaften des neuen Pulvers eigentlich nicht zu erfahren war; die Unheimlichkeit, das heimtückische Wesen, die in Zukunft dem männermordenden Kampfe